

Nach dem Sonntag



Selten habe ich einen entspannteren Sessionsbeginn erlebt wie vergangenen Montag. Entspannt waren nach dem Abstimmungssonntag nicht alle im Saal – oder nicht alle gleich. Als Zürcher aus dem Kreis 4 (Stimmbeteiligung im 4i und 5i über 68%; Ablehnung der Durchsetzungsinitiative 88%) fühlte ich mich aber ausgesprochen wohl. Überflüssig zu sagen, dass wir auch die Juso-Initiative angenommen und den Tunnel abgelehnt haben. Für einmal hat die Schweiz aber immerhin bei den zwei anderen Vorlagen gleich gestimmt wie meine engere linke Heimat. Das ist sonst meist nicht so. Das Resultat in meinem Quartier zeigt einmal mehr: Dort, wo unsere Nachbarn ohne Schweizer Pass am Zahlreichsten sind, herrscht nicht Angst, sondern Freundschaft. Die unglaublich hohe Mobilisierung (wir haben sonst häufig Stimmbeteiligungen unter 30%) macht aber auch Hoffnung auf mehr. Auf ein Ende der beliebigen Spiele mit der Demokratie auf dem Buckel der Anderen. Ob das so bleibt, wird sich spätestens bei der «Selbstbestimmungsinitiative» zeigen – dem Versuch, sich gegen die Europäische Menschenrechtskonvention zu stellen. Ich weiss nicht, wie wohl es der nicht mehr ganz so allmächtigen SVP mit diesem Projekt noch ist. Einer ihrer gescheiterten Vertreter eröffnete sein Votum

Das Resultat in meinem Quartier zeigt einmal mehr: Dort, wo unsere Nachbarn ohne Schweizer Pass am Zahlreichsten sind, herrscht nicht Angst, sondern Freundschaft.

in Nationalrat diese Woche mit den nunmehr magischen Worten: «Ich spreche zu Ihnen als Vertreter der Zivilgesellschaft.» Er meinte es lustig. Oder auch nicht. Dass die CVP bei ihrer sympathisch tönenden Initiative offensichtlich über die ewige Definition der Ehe als Gemeinschaft von Mann und Frau gestolpert ist, freut mich natürlich besonders. Nicht aus Schadenfreude, sondern aus Freude über den ausbleibenden Schaden. Wir müssen im Parlament nun endlich vorwärts machen mit der Ehe für alle. Offenbar hat ausserhalb der Räte und Parteien kaum jemand Angst davor. Die «Zivilgesellschaft» jedenfalls nicht. Auch nicht die christliche. Der Ratsbetrieb hat sich nach der grossen Aufregung nun wieder den epochalen Zeitfragen zugewandt. So entschied er in seiner ganzen bürgerlichen

Weisheit, das «Beitritts-gesuch» zur EU von 1992 (das eigentlich kein Gesuch, sondern ein netter Brief war) zurückzuziehen. Wir sind und waren allerdings nie Beitrittskandidaten der EU. Die ausserdem eine andere ist als 1992. Falls wir es

je sein sollten – was ich sehr hoffe – muss sich in Europa, vor allem aber in der Schweiz wohl einiges ändern. Manchmal gehen in der grossen weiten, wie in der kleinen engen Welt, die Dinge aber schneller, als man meint. Wie man aber einen Brief zurückziehen soll, den Parlament und Bundesrat längst als «gegenstandslos» erklärt haben, ist eine beidseitige Herausforderung. Vermutlich finden sie ihn in Brüssel gar nicht mehr. Oder wie ein welscher Kollege es so schön formulierte: «On a tué un cadavre.» Eine überschaubare Niederlage.

Martin Naef

Energiestrategie schützt AKW-Betreiber



Die Energiestrategie wurde als Reaktion auf den AKW-Unfall in Fukushima vom Bundesrat lanciert und früh als Atomausstieg gefeiert. Zu früh. Was der Nationalrat diese Woche verabschiedet hat, schützt nicht die Bevölkerung vor den AKW-Risiken. Vielmehr werden AKW-Betreiber vor den betriebswirtschaftlichen Folgen ihrer Fehlinvestitionen geschützt.

Der grösste Skandal ist die Streichung der erhöhten Sicherheitsanforderung für AKW ab dem 40. Betriebsjahr. Nun können AKW bis an die Auslegungsgrenze weiterbetrieben, bis auf die Felgen runtergefahren, wie eine Zitrone ausgepresst werden. Die erhöhten Sicherheitsanforderungen hätten zum Ziel gehabt, mit Nachrüstungen zu verhindern, dass die AKW-Risiken – trotz Versprödung und Korrosion der Sicherheitsbehälter – nicht zuzunehmen. Das AKW-nahe ENSI selber hat darum gebeten. Denn es befürchtet – zu Recht –, dass sich AKW-Betreiber in Zukunft aufgrund ihrer prekären finanziellen Situation weigern, Sicherheitsanforderungen rechtzeitig umzusetzen. Nun können die AKW-Betreiber die ENSI-Anforderungen gerichtlich verzögern und gleichzeitig die AKW weiterlaufen lassen.

Aber immerhin haben wir das Neubauverbot, könnte man einwenden. Doch auch das Neubauverbot ist eigentlich ein Schutz der AKW-Betreiber. Ohne Neubauverbot hätten die AKW-Gesuche schon längst zur Abstimmung gebracht werden müssen. Und ein klares Nein der Bevölkerung kassiert. Oder

die Betreiber wären zur Einsicht gekommen, dass sich ein neues AKW in Europa heute gar nicht mehr finanzieren lässt. Geld zum Fenster rauswerfen würde weniger Kosten verursachen. Das haben mittlerweile auch die Finanzinstitute gesehen. In England mussten neuen AKW eine viel grössere Unterstützung als für erneuerbare Stromproduktion zugesichert werden, damit sich deren Bau finanzieren liess. Vor diesen demokratischen und wirtschaftlichen Realitäten wurden die AKW-Betreiber mit dem Neubauverbot verschont. So können sie zusammen mit alten und leider auch jungen AKW-gläubigen ParlamentarierInnen im rechtsbürgerlichen Lager den AKW-Traum weiterträumen. Denn das Neubauverbot kann jederzeit wieder aus dem Gesetz gestrichen werden.

Aber es kommt noch besser für die AKW-Betreiber. Neu sollen Wasserkraftwerken von Unternehmen in wirtschaftlicher Schieflage 60 Millionen Franken pro Jahr zu Verfügung stehen. Da reklamieren städtische Stromversorger zurecht, dass hier primär Alpiq und Axpo profitieren.

Wieso stimme ich, wieso stimmen die Grünen trotzdem dem ersten Massnahmenpaket zur Energiestrategie zu? Auch im alten Kernenergiegesetz ist die ENSI-Empfehlung nicht berücksichtigt. Und Bundesrätin Leuthard hat geschickt auch einige unbestrittene Verbesserungen bei der Förderung der erneuerbaren Stromproduktion sowie des Klimaschutzes in die Vorlage miteingepackt. Aber eins ist klar: Die Atomausstiegsinitiative ist nun wichtiger denn je. Die einzige Chance, das fahrlässige Langzeitbetriebs-Experiment mit den ältesten AKW der Welt zu stoppen. Vielleicht die letzte Chance, die AKW rechtzeitig stillzulegen – bevor Beznau, Gösgen oder Leibstadt auf Tschernobyl und Fukushima folgen.

Bastien Girod
Nationalrat Grüne, Zürich